

Überblick

Vorübergehende Seitwärtsbewegung im vierten Quartal 2005

Die deutsche Wirtschaft hat in den letzten Monaten des vergangenen Jahres eine Wachstumspause eingelegt. Nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes war das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahresendquartal saison- und kalenderbereinigt etwa ebenso hoch wie im vorangegangenen Dreimonatsabschnitt. Die anhaltend gute Auftragslage in der deutschen Industrie und das mittlerweile auch in den unternehmensnahen Dienstleistungsbereichen verbesserte Geschäftsklima lassen allerdings erwarten, dass es sich dabei nur um eine vorübergehende Seitwärtsbewegung handelt und nicht um eine nachhaltige Unterbrechung des Wachstumsprozesses. Dafür sprechen auch die robuste Weltkonjunktur und die lebhaftige Beteiligung der deutschen Wirtschaft an der rasch voranschreitenden internationalen Arbeitsteilung sowie die weiterhin günstigen Exporterwartungen der deutschen Industrie.

*BIP im vierten
Quartal 2005*

Im vierten Quartal 2005 legten die Exporte weiter zu, nachdem sie im Verlauf des letzten Jahres bereits kräftig gewachsen waren. Gleichzeitig stiegen aber die Importe noch stärker, so dass der rechnerische Außenbeitrag im Verhältnis zum BIP deutlich zurückging. Die kräftige Zunahme der Importe stand vermutlich im Zusammenhang mit einer stärkeren Lagerbildung, die sich in diesem Ausmaß wohl nicht weiter fortsetzen wird. Von der inländischen Endnachfrage sind im vierten Quartal ebenfalls keine wesentlichen Impulse ausgegangen. Zwar hat sich die positive

*Nachfrage-
struktur*

Grundrichtung für die Anschaffungen von Maschinen und Ausrüstungen bestätigt, und die Bauinvestitionen, die im Sommer erstmals seit längerem kräftig ausgeweitet worden waren, haben sich im Jahresendquartal weiter erholt. Der Zunahme der Investitionstätigkeit stand jedoch eine fortdauernde Konsumzurückhaltung der privaten Haushalte gegenüber. Saison- und kalenderbereinigt betrachtet, ist der private Verbrauch im vierten Quartal nochmals gesunken. Nach den Umfragen der GfK hat sich die Einschätzung der Lage durch die Konsumenten in den letzten Monaten aber spürbar aufgehellt. Offenbar in Anlehnung an die häufig zitierte Stimmungsbesserung in der gewerblichen Wirtschaft beurteilten auch die privaten Haushalte die Konjunkturaussichten und ihre Einkommensperspektiven deutlich günstiger. Gleichzeitig hat sich die Anschaffungsneigung bis in den Januar hinein kräftig erhöht.

*Lage am
Arbeitsmarkt*

Eine gewisse Stütze könnte die private Konsumnachfrage im weiteren Verlauf von einer Besserung der Lage am Arbeitsmarkt erhalten. Im letzten Quartal 2005 hat sich jedenfalls die Erwerbstätigkeit stabilisiert. Der Rückgang der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse scheint weitgehend zum Stillstand gekommen zu sein. Die registrierte Arbeitslosigkeit hat sich im letzten Vierteljahr 2005 weiter vermindert. Gegenüber dem Vorquartal ergab sich saisonbereinigt ein Rückgang um 130 000 Personen auf nunmehr 4,73 Millionen. Die Arbeitslosenquote sank von 11,7 % in den Sommermonaten auf 11,4 % im Herbst. Im Januar 2006 kam es im Vergleich zum Dezember 2005 zwar saisonbereinigt zu einem Anstieg

der gemeldeten Arbeitslosigkeit um knapp 70 000 Personen. Der Anstieg dürfte im Wesentlichen aber eine Folge des seit Ende Dezember sehr kalten Winterwetters sein sowie von Vorzieheffekten im Zusammenhang mit der im Februar in Kraft getretenen Verkürzung der Anspruchsdauer von Arbeitslosengeld I.

Günstig für die weitere Beschäftigungsentwicklung wird sich auswirken, dass die Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft im Jahr 2005 um schätzungsweise gut $\frac{3}{4}$ % gesunken sind. Das Ergebnis wird zum einen bestimmt durch die moderate Entwicklung der Tarifverdienste, die auf Monatsbasis betrachtet lediglich um rund 1 % zunahm. Hinzu kam eine negative Lohndrift, die den Zuwachs der tatsächlich gezahlten Entgelte je Arbeitnehmer auf $\frac{1}{2}$ % reduzierte. Die geringe Expansion der Arbeitskosten je Arbeitnehmer hängt vor allem mit der zunehmenden Zahl von Arbeitsgelegenheiten („Ein-Euro-Jobs“) zusammen, die rein rechnerisch den Durchschnittsverdienst drückt. Hinzu kam, dass zur Jahresmitte 2005 die Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung um 0,45 Prozentpunkte gesenkt worden waren.

Löhne

Im Jahr 2006 wird es eine große Lohnrunde in der Privatwirtschaft geben, da zahlreiche Tarifverträge gekündigt werden können. Zudem hatten die Tarifpartner in einigen Bereichen im Jahr 2005 noch keine Einigung erzielt. Angesichts der recht unterschiedlichen Situation in den jeweiligen Branchen und Arbeitsmarktsegmenten wird es darauf ankommen, Regelungen zu treffen, die hin-

reichend Raum lassen für Differenzierungen und Flexibilität.

Preise

Die Verbraucherpreise sind in den letzten Monaten des vergangenen Jahres unter dem Einfluss der kräftigen Preissteigerungen für Energieträger (+ 12,9 % im Vorjahrsvergleich) und Tabakwaren (+ 13,4 %) deutlich gestiegen. Insgesamt betrug die Teuerungsrate im vierten Quartal 2005 im Vergleich zum Vorjahr 2,2 %; nach dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex waren es 2,3 %.

Um den Jahreswechsel 2005/2006 schwächte sich der Preisanstieg etwas ab. Während es zu Jahresbeginn im Winterschlussverkauf besonders kräftige Preisnachlässe bei gewerblichen Waren gab, kam es allerdings zu einer deutlichen Verteuerung von Strom und Gas. Im Ergebnis stieg der Verbraucherpreisindex ebenso wie der Harmonisierte Verbraucherpreisindex im Januar um 2,1 % gegenüber dem Vorjahr.

*Kapitalmarkt-
zinsen*

An den internationalen Finanzmärkten setzten sich bereits in den Herbst- und Wintermonaten trotz der gestiegenen Energiepreise optimistischere Konjunkturerwartungen durch. Dies gilt vor allem für Deutschland und Europa, dessen Wirtschaftswachstum hinter dem anderer Regionen zurückgeblieben ist. In diesem Umfeld zogen die Kapitalmarktzinsen international merklich an. An historischen Maßstäben gemessen und im Hinblick auf die größer gewordenen Inflationsrisiken ist das Zinsniveau an den deutschen und europäischen Kapitalmärkten mit 3 ½ % im Zehnjahresbereich jedoch weiterhin ausgesprochen niedrig.

Die Geldpolitik hat angesichts der veränderten Gegebenheiten ihren stark expansiv ausgerichteten zinspolitischen Kurs im Dezember letzten Jahres etwas zurückgenommen. Seitdem werden die Hauptrefinanzierungsgeschäfte mit einem Mindestbietungssatz von 2 ¼ % ausgeschrieben. Die Anpassung um einen viertel Prozentpunkt nach oben war notwendig geworden, nachdem nicht nur das übermäßige Geld- und Kreditwachstum im Euro-Gebiet auf längerfristige Inflationsrisiken hindeutete, sondern auch die nicht-monetären Indikatoren, die in der wirtschaftlichen Analyse zur Beurteilung der Preisrisiken herangezogen werden, in die gleiche Richtung wiesen.

Geldpolitik

Die Lage der deutschen Staatsfinanzen hat sich im abgelaufenen Jahr leicht verbessert. Nach den ersten vorläufigen Angaben betrug das gesamtstaatliche Defizit 3,5 % des BIP. Es lag damit etwas unter dem Wert des Vorjahres (3,7 %) und merklich niedriger als unter anderem von der Bundesregierung erwartet. Auf Grund der relativ günstigen Haushaltsentwicklung zum Jahresende, die wohl in das vorläufige Ergebnis noch nicht vollständig eingeflossen ist, könnte das Defizit noch etwas nach unten revidiert werden. Die im Maastricht-Vertrag verankerte Obergrenze von 3 % für die Defizitquote wurde gleichwohl zum vierten Mal in Folge verfehlt. Im laufenden Jahr kann bei sparsamer Haushaltsführung und Verzicht auf neue, die öffentlichen Haushalte belastende Maßnahmen ein Rückgang des Staatsdefizits erwartet werden. Die 3 %-Grenze ist damit erreichbar.

Finanzpolitik

Vor dem Hintergrund der europäischen Regeln, der seit 2002 ununterbrochenen Überschreitung der fiskalischen Obergrenzen, des begrenzten Abstands zum 3%-Limit im Jahr 2005 und der zu erwartenden günstigen konjunkturellen Entwicklung sollte die Einhaltung des Referenzwertes für das Defizit im laufenden Jahr auch angestrebt werden. Dies gilt umso mehr, als der geänderte Stabilitäts- und Wachstumspakt für Länder mit einem übermäßigen Defizit eine strukturelle Konsolidierung um jährlich mindestens 0,5% des BIP vorsieht – was als wichtige Neuerung herausgestellt wurde. Die konjunkturellen Aussichten stehen einer gleichmäßigeren zeitlichen Verteilung der bisher erst für das Jahr 2007 geplanten Defizitrückführung nicht im Wege. Ohne ausreichende Anstrengungen riskiert Deutschland die Verschärfung des Defizitverfahrens.

Mit der Einhaltung der 3%-Grenze darf die Konsolidierung aber keinesfalls als abgeschlossen angesehen werden. Vielmehr erfordern die europäischen und nationalen Haushaltsregeln, dass das Defizit auch darüber hinaus zügig verringert wird. Sowohl im Stabilitäts- und Wachstumspakt als auch im deutschen Haushaltsgrundsätzegesetz ist die Vorgabe eines annähernd ausgeglichenen

Haushalts enthalten, und der Pakt sieht bis zum Erreichen dieses Ziels eine weitere jährliche strukturelle Konsolidierung um 0,5% des BIP vor. Zudem werden der Bund und auch einige Länder – selbst bei Umsetzung der im Koalitionsvertrag umrissenen Maßnahmen – auch über das Jahr 2007 hinaus zusätzliche Anstrengungen unternehmen müssen, um den verfassungsmäßigen Haushaltsgrundsätzen gerecht zu werden. Eine Rückführung der Defizit- und der Schuldenquote ist schließlich auch notwendig, um insbesondere vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung besser auf die zukünftigen Haushaltsbelastungen vorbereitet zu sein. Das Vertrauen in eine handlungsfähige Finanzpolitik würde gestärkt und auch Spielraum für das Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren in einer konjunkturellen Schwächephase geschaffen. Würden dagegen die Konsolidierungsanstrengungen jetzt mit dem Hinweis auf Mehreinnahmen infolge der positiveren Konjunkturaussichten gemindert, so widerspräche dies nicht zuletzt einer der grundlegenden Intentionen des geänderten Stabilitäts- und Wachstumspakts – nämlich einer verstärkten Konsolidierung bei günstiger gesamtwirtschaftlicher Entwicklung.